75. Jahrgang. Nr. 106 — Mittwoch, 4. März 1931

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Hauptschriftl.: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25241. Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011. Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-N. 1, Marienstraße 38/40

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.40 RM. einschließlich 90 Pfg. Trägerlohn, durch Postbezug 3.40 RM. einschließlich 54 Pfg. Postgebühr (ohne Bestellgeld) bei 1mal wöchentlichem Verlag. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Dresdens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 18 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Ausführliche Aufträge gegen Vorausbezahlung

Druck u. Verlag: Sievich & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit genaue Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Die Sozialdemokraten stimmen für Schiele

Das Gefrierfleischkontingent als Kaufpreis

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 3. März. Die parlamentarische Lage, in der sich das Kabinett Brüning befindet hat heute noch keine Klärung erfahren. Die Verhandlungen mit den Sozialdemokraten, die sich jetzt, nachdem die Sozialdemokratie heute in zwei wichtigen Punkten der Agrarhilfsmaßnahmen gemeinsam mit den Kommunisten die Regierung in die Minderheit brachte, in der Hauptsache auf den Wehr- und Sozialetat beziehen, haben noch zu keinen Ergebnissen geführt. Reichskanzler Brüning hat heute zwar längere Zeit mit Dr. Breitscheid verhandelt, aber ein Resultat ließ sich nicht erzielen. Vielmehr hat es durchaus den Anschein, als ob die Besprechungen noch die nächsten Tage in Anspruch nehmen würden.

Was den Wehretat angeht,

so scheinen die Sozialdemokraten auf ihren lediglich aus Agitationsgründen vorgebrachten Antrag auf Streichung der Baurate für den Panzerkreuzer B verzichten und auch im übrigen dem Wehretat beitreten zu wollen. Den Verzicht auf eine billige Agitation beim Wehretat wollen sich die Sozialdemokraten aber dadurch reichlich teuer bezahlen lassen, daß die Regierung bestimmten sozialdemokratischen Wünschen, die auf steuerlichem und sozialpolitischem Gebiet liegen, entsprechen soll. Nähere Angaben darüber, wie diese Wünsche im einzelnen aussehen, sind heute allerdings weder von der Regierung noch von der Sozialdemokratie gemacht worden.

Man wird aber nicht fehlgehen in der Annahme, daß es den Sozialdemokraten in erster Linie darauf ankommt, eine Minderung der sozialen Leistungen zu vermeiden.

Die Sozialdemokraten wollen vor ihren Anhängern und gegenüber der kommunistischen Agitation erklären können, daß sie es gewesen seien, die die Gefahr einer Verringerung der zur Zeit bestehenden sozialen Leistungen abgewendet hätten. Für die Regierung scheinen sich aber aus diesen sozialdemokratischen Wünschen allerlei Schwierigkeiten zu ergeben.

Eine reichlich sonderbar anmutende Lage hat sich daraus ergeben, daß, wie schon oben gesagt, die Sozialdemokratie heute im Verein mit den Kommunisten die Regierung bei den Abstimmungen über den Ernährungsetat zweimal in die Minderheit brachte. Das erstemal handelte es sich darum, daß die Sozialdemokraten praktisch das vom Ernährungsminister Schiele vorgesehene

Brotgesetz aufgehoben

haben. Daß der Reichsernährungsminister Schiele hier eine empfindliche Schlappe erlitten hat, läßt sich nicht bestreiten und wird auch im Regierungslager selbst ohne weiteres zugegeben.

Die zweite Niederlage, die die Sozialdemokratie wiederum gemeinsam mit den Kommunisten dem Ernährungsminister bereitete, war die Durchsetzung des sogenannten Gefrierfleischkontingents.

Trotzdem sich Schiele im Laufe der Sitzung nochmals für die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages einsetzte, reichten die Stimmen der Regierungsparteien nicht aus, um den sozialdemokratisch-kommunistischen Ansturm abwehren zu können.

Wenn nun trotz dieser offenkundigen parlamentarischen Niederlagen Schiele die Konsequenz eines Rücktritts nicht gezogen hat, so liegt das daran, daß die Sozialdemokraten einmal bei der Abstimmung über das kommunistische **Mißtrauensvotum für Schiele stimmten, um ihm so zu verstehen zu geben, daß sich ihr Widerstand nicht gegen seine Person richte,** und dann am Wunsch Dr. Brünings, das Reichsernährungsministerium nicht verwaist zu sehen.

Was nun das Gefrierfleischkontingent angeht, so rechnet die Reichsregierung anscheinend damit, daß der Reichsrat es ablehnen wird. Dann müßte es vom Reichstag erneut, und zwar mit Zweidrittelmehrheit, angenommen werden. Eine solche kann aber von Sozialdemokraten und Kommunisten nicht aufgebracht werden, und

so besteht die Möglichkeit, daß das Gefrierfleischkontingent trotz des heutigen Erfolges der Linken nicht zur Wirklichkeit wird.

Wenn auch die Verhältnisse für das Kabinett Brüning keineswegs als günstig anzusehen sind, so glaubt man bei den Regierungsparteien doch damit rechnen zu können, daß es gelingen werde, zu einem Einvernehmen zwischen Regierung und Sozialdemokraten zu gelangen und die Gefahr einer Kabinettskrise zu vermeiden. Allerdings würde das ein ziemlich starkes Nachgeben der Regierung gegenüber den sozialdemokratischen Wünschen zur Voraussetzung haben.

Ministerpräsident Schieck beim Reichskanzler

Brüning sichert Prüfung der sächsischen Wünsche zu

Berlin, 3. März. Ministerpräsident Schieck hat heute dem Reichskanzler die gesamte Notlage Sachsens in einer sehr ausführlichen Besprechung dargelegt und hierbei betont, daß es dringend notwendig sei, alsbald dem Lande die Hilfe des Reichs zuteil werden zu lassen. Hierbei sind insbesondere eingehend die Lage der sächsischen Landwirtschaft und der durch die Wohlfahrtserwerbslosenunterstützungen verursachte Notstand der Gemeinden behandelt worden. Auch hat Ministerpräsident Schieck um Berücksichtigung der Wünsche gebeten, die in der für Freitag angesetzten Besprechung von den sächsischen Wirtschaftsführern unterbreitet werden. Der Reichskanzler erkannte an, daß in Sachsen besondere Verhältnisse vorliegen und sicherte eine Prüfung zu.

Am nächsten Donnerstag und Freitag finden Beratungen sächsischer Regierungs- und Wirtschaftsvertreter sowohl mit dem Reichswirtschaftsministerium als auch mit dem Kanzler selbst statt. Die erste Beratung am Donnerstag beginnt nachmittags ½5 Uhr im Reichswirtschaftsministerium. Zu diesen Beratungen werden der Finanz- und Wirtschaftsminister Dr. Hedrich, Ministerialdirektor Dr. Klien vom sächsischen Wirtschaftsministerium und Ministerialrat Dr. Floren vom gleichen Ministerium in Berlin eintreffen. Außerdem werden die folgenden führenden Herren der sächsischen Wirtschaft teilnehmen: Der Generaldirektor des Sachsenwerks Wittke, der gleichzeitig Vorstand des Verbandes Sächsischer Industrieller ist, ferner Beschlägefabrikant Thümmel aus Döbeln, Admiral Räymann von der Firma Heine & Co. (Leipzig), Kommerzienrat Uebel, Vorsitzender der Handelskammer Plauen, ein bekannter Textilindustrieller, Kommerzienrat Heyden (Dresden), der die Interessen der Chemie vertritt, ferner Kommerzienrat Vogel (Chemnitz), Kommerzienrat Stöhr (Leipzig) vom Verband Sächsischer Industrieller, sowie eine Anzahl anderer Herren. Im Reichswirtschaftsministerium wird man am Donnerstag zunächst folgende Fragen besprechen:

Erteilung von Reichsaufträgen an die sächsische Wirtschaft, die bereits bekannte Beschwerde der Zentralisierung der öffentlichen Gelder in Berlin, wodurch die Länder und die örtlichen Finanzinstitute in ihren Wirkungsmöglichkeiten beschränkt werden, Finanzierung einer Reichsausfuhrbürgschaft unter besonderer Berücksichtigung der sächsischen mittleren und kleineren Industrie, Ausgestaltung des Außenhandels-Nachrichtendienstes und die Beteiligung sächsischer Regierungsvertreter an den Handelsvertragsverhandlungen.

An die Besprechungen im Reichswirtschaftsministerium schließt sich dann am Freitag eine Besprechung beim Reichskanzler selbst an. Erneut wird Dr. Brüning Bericht über die katastrophale Verschlechterung der Wirtschaftslage erstattet werden. In diesem Zusammenhang wird man auch auf die strukturellen Veränderungen der Produktionsbasis eingehen und hierbei die Frachtenfrage anschneiden. Die sächsische Wirtschaft wird ferner Klage wegen der Ueberlastung der Industrie durch öffentliche Abgaben führen und dabei auch die Lohnfrage anschneiden.

Neue Erdsenkungen in Griechenland

Athen, 3. März. Bei dem Dorfe Vissia (Provinz Korinth) auf dem Peleponnes hat sich urplötzlich die Erde in einem Umfang von 4 Quadratkilometern gesenkt. Durch die Erdsenkung entstand eine neue Quelle, deren Wasser dem Golf von Korinth zufließt. Das Dorf Kunina in der Nähe der Stadt Aighion, ein Ort mit 350 Häusern, ist durch die Erdsenkung fast vollkommen zerstört. Es sind bisher 2 Tote, 8 Schwerverletzte und zahlreiche Leichtverletzte zu beklagen. Weitere Erdsenkungen um 50 bis 200 Meter haben die Dörfer Olena, Gumera und Levkochori nahe der Stadt Pyrges ebenfalls auf dem Peleponnes betroffen. Die Einwohner, unter denen bei Eintritt der Katastrophe große Panik ausbrach, kampieren unter freiem Himmel.

Bergrutsch an der Mosel

Trier, 3. März. In dem bekannten Weinort Thörnich an der Mosel ereignete sich heute ein Bergrutsch, bei dem sich viele hundert Kubikmeter Boden loslösten und lawinenartig ins Tal stürzten. Sie rissen Weinstöcke und Mauern mit sich. Der Schaden ist beträchtlich.

Sudetendeutschlands Trauertag

Von Othmar Kallina-Karlsbad

Mitglied des Prager Parlaments

Am 4. März jährt sich zum zwölftenmal der Tag, an welchem die sudetendeutsche Bevölkerung, vertrauend auf Recht und Gerechtigkeit, auf den Straßen und Plätzen ihrer Heimat aufmarschierte, um aller Welt kund zu tun, daß sie, pochend auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, den Anschluß an den deutschen Volksstaat, umfassend das geschlossene mitteleuropäische Sprachgebiet, fordere.

Das sudetendeutsche Gebiet war damals noch auf Grund der allgemein geltenden völkerrechtlichen Bestimmungen ein Teil der Republik Deutschösterreich. Ueber alle Parteigegensätze und Parteischranken hinweg beseelte das sudetendeutsche Volk nur ein Wille: die Sehnsucht nach dem großen deutschen Vaterlande. Dieses heiße Streben wurde nach außen hin verkörpert durch die deutschböhmische Landesregierung, an deren Spitze Dr. Lodgman und Seeliger standen. Der friedliche Ruf nach Freiheit, Recht und Gerechtigkeit wurde von den tschechischen Soldaten, die im Namen und im Auftrage der interalliierten Mächte die sudetendeutschen Gebiete bis zur endgültigen Entscheidung durch die Friedenskonferenz besetzt hielten, mit Tod und Verderben bringenden Gewehrkugeln beantwortet. Statt Freiheit — Tod und Verderben! 58 Volksgenossen mußten ihr Leben lassen, und das Blut mehrerer hundert Volksgenossen färbte unseren deutschen Heimatboden. Um so heißer aber schlugen unsere Herzen, um so inbrünstiger klang der Schwur, daß wir alle, welcher Parteizugehörigkeit auch immer, dem Ideale treu bleiben wollen, für welches die Freiheitsopfer ihr Leben geben mußten.

Die damaligen Machthaber sind zu Paris über die gegebenen Versprechungen, unter Mißachtung des heiligsten Naturrechtes der Völker, der Selbstbestimmung ihres eigenen Schicksals, zur Tagesordnung hinweggeschritten und haben 40 Millionen Menschen allein in Mitteleuropa der Knechtschaft fremdnationaler Staaten unterworfen. Schwer lastet seither die Faust der neuen Staatsgewalten auf den ihnen so ungerechterweise zugeteilten fremdnationalen Gebieten. Unsägliches Elend, schwere materielle und geistige Not ist über diese Millionen Menschen hereingebrochen, deren einziger Trost es ist, daß auch für sie einmal die Stunde der Freiheit schlagen werde.

Noch versuchen die regierenden Staatsmänner unter Aufrechterhaltung einer Scheindemokratie, die sich auf die Spitzen der Bajonette stützt, diesen Gewaltzustand nicht nur zu erhalten, sondern als die gerechteste Lösung der Nationalitätenfrage in Europa hinzustellen. Die Kriegsschuldlüge mußte dazu herhalten, Deutschland in Sklavenketten zu legen. Aus dem demokratischen Rüstzeug holten sich diese merkwürdigen Friedensschwärmer die Waffen, um nunmehr, auf das sogenannte Mehrheitsprinzip pochend, die Unterdrückung von 40 Millionen Menschen als moralisch gerechtfertigt zu begründen, ja sie gehen in ihrem Hohne so weit, die nur auf Entnationalisierung eingestellten Machtmethoden als den Ausfluß des Humanitätsideals hinzustellen. Brutale Machtmethoden, Lüge und Irreführung der Oeffentlichkeit sind die Grundlagen dieser eigenartigen Nachkriegsdemokratie, die zu einer Verelendung großer Menschenmassen geführt und in ihrer weiteren Folge eine Wirtschaftskrise heraufgeführt haben, die nach außen hin durch das Zehn-Millionen-Arbeitslosenheer in Mitteleuropa allein gekennzeichnet wird. Das sind die wahren Früchte der Pariser Machtdiktatspolitik! Dieser über ganze Völker und besonders über das deutsche Volk hereingebrochenen Katastrophe kann nur erfolgreich begegnet werden, wenn alle wahren Friedensfreunde sich zusammenschließen und auf eine gerechte Revision der unhaltbaren Pariser Friedensdiktate hinarbeiten.

Bei der Lösung dieser Aufgabe fällt den 40 Millionen unterdrückter Menschen eine ganz besondere Rolle zu, da es vor allem von ihrer Haltung abhängen wird, ob es den neuen Machthabern gelingt, ihr Entnationalisierungswerk zu vollbringen, oder ob sie ihrem Schwur vom Jahre 1919

Heute:

Literarische Umschau

Seite 9